



Noch auf 2030 Kurs? Nachhaltige Entwicklung inmitten von Covid-19 und Geopolitik

Erstmals im virtuellen Format, brachte die 7. Deutsche SDSN-Versammlung am 23. November 2020 über 80 Teilnehmende aus den Mitglieds- und Partnerorganisationen von SDSN Germany sowie weitere Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammen. **Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge**, Co-Vorsitzende von SDSN Germany, begrüßte die Teilnehmenden und eröffnete die Versammlung mit drei Beobachtungen. Die Covid-19-Pandemie stelle wie Globalisierung oder Klimawandel für große Teile der Gesellschaften eine schwer zu verarbeitende Herausforderung dar. In Krisensituationen rückten für viele Menschen das Alltägliche und seine Bewältigung in Vordergrund. Wenn in Deutschland sogenannte Querdenker an Aufmerksamkeit gewinnen oder in den USA 72 Millionen Wähler*innen den derzeitigen Präsidenten wählen, müsse dies auch bei der Gestaltung des Engagements für nachhaltige Entwicklung berücksichtigt werden. Zweitens sei die neue *Regional Comprehensive Economic Partnership* (RCEP) im asiatisch-pazifischen Raum ein begrüßenswertes Bekenntnis zu regelbasierter wirtschaftlicher Kooperation und multilateraler Zusammenarbeit. Das Freihandelsabkommen zwischen den ASEAN-Ländern, China, Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland schaffe mit 30% der Weltbevölkerung und der globalen Wirtschaftsleistung weltweit die größte Freihandelszone. Sorge bereite deshalb aber umso mehr das weitgehende Fehlen verbindlicher Bezugnahmen auf umwelt- und klimabezogene sowie soziale Standards. Drittens hätten die in den reicheren Ländern äußerst umfangreichen wirtschaftlichen Stimulus-Pakete zur Bewältigung der ökonomischen Folgen der Pandemie enormes Potential als Modernisierungs- und Nachhaltigkeitsprogramme. Allerdings seien Vorsicht und entsprechende Nachsteuerung geboten, damit diese Programme nicht zu struktureller Verfestigung sozialer Ungleichheiten beitragen, innerhalb der reicheren Länder, aber auch im Verhältnis zu ärmeren Ländern.

Im **Berichtsteil** gab **Adolf Kloke-Lesch** (Geschäftsführender Direktor von SDSN Germany) das Ergebnis der **Neuwahl des Lenkungsausschusses** bekannt. Mit Silvie Kriebiehl (Germanwatch), Dr. Nils aus dem Moore (RWI Essen), Prof. Dr. Sebastian Vollmer (Universität Göttingen), Prof. Dr. Daniela Jacob (DKN Future Earth) und Dr. Marianne Beisheim (SWP) seien fünf neue Mitglieder in den 12-köpfigen Lenkungsausschuss gewählt worden. In seiner konstituierenden Sitzung unmittelbar vor der Versammlung habe der neue Lenkungsausschuss Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge und Prof. Dr. Gesine Schwan erneut zu seinen Co-Vorsitzenden gewählt. Zusammen mit den Co-Vorsitzenden dankte Adolf Kloke-Lesch den fünf bisherigen Mitgliedern des Lenkungsausschusses, die nicht für eine weitere Periode zur Verfügung standen, herzliche für ihr großes Engagement über die letzten Jahre. Prof. Dr. Christian Borgemeister (ZEF), Klaus Milke (F20/Germanwatch), Prof. Dr. Imme Scholz (DIE), Prof. Dr. Martin Visbeck (GEOMAR) und Oliver Wieck (ICC) blieben dem Netzwerk aber in unterschiedlichen Formen weiter verbunden. In seinem [Rückblick auf das Jahr 2020](#) betonte Adolf Kloke-Lesch, Grundlage und Grundlast des Netzwerks sei die fachliche, politikberatende und kommunikative Arbeit jeder einzelnen der etwa 40 Mitglieds- und Partnerorganisationen. Darauf baue das Zusammenwirken jeweils mehrerer Organisationen in SDSN Germany Kooperationsprojekten und bei Einzelaktivitäten auf. Fast alle Mitglieds- und Partnerorganisationen seien im zurückliegenden Jahr in der einen oder anderen Form an solchen Aktivitäten beteiligt gewesen. Nur auf diesen Grundlagen könne das Netzwerk als Ganzes erfolgreich an den Schnittstellen von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft arbeiten. Inhaltlich hätten dabei die [Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie](#), [Covid-19 und Nachhaltigkeitspolitik](#) sowie [die Europäische Nachhaltigkeitspolitik im Kontext von Green Deal und Covid-19](#) gestanden. Adolf Kloke-Lesch dankte herzlich allen, die an diesen vielfältigen Aktivitäten mitgewirkt haben, sowie aus der Geschäftsstelle Jaqueline Götze, Dominic Kranholdt, Sabrina Schulze und Janina Sturm, ohne die dies alles nicht möglich gewesen wäre.



Der Berichtsteil schloss mit einer Vorstellung der **Ergebnisse der vier Netzwerkstätten**, die am Vormittag der Versammlung zusammengekommen waren (Kurzzusammenfassungen siehe Anhang):

Netzwerkstatt 1: „**Mit Wenden und Hebeln**“ (Dr. Marianne Beisheim)

Netzwerkstatt 2: „**Mit #NextGenerationEU nachhaltiger aus der Krise?**“ (Dr. Christine Hackenesch)

Netzwerkstatt 3: „**Lieferketten und Nachhaltigkeit**“ (Dr. Tilman Altenburg)

Netzwerkstatt 4: „**Innovative partnerships**“ (Finn Woelm).

„**Innovation und systemische Logik: Kompass für den Weg aus den Krisen**“

Die erste Gesprächsrunde unter dem Titel „Innovation und systemische Logik: Kompass für den Weg aus den Krisen“ wurde von **Prof. Dr. Jakob Rhyner** (Wissenschaftlicher Direktor, Innovation-Campus Bonn) moderiert und mit Impulsen von **Prof. Dr. Maja Göpel** (Wissenschaftliche Direktorin, The New Institute; Hamburg), **Dr. Rainer Kattel** (Stellvertretender Direktor, UCL Institute for Innovation and Public Purpose; London) und **Dr. Guido Schmidt-Traub** (Exekutivdirektor, SDSN; Paris/New York) eröffnet. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen das Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, die Rolle der öffentlichen Hand (*public policy*) bei der Gestaltung von Wandel sowie das Zusammenwirken von Politik und Wissenschaft zum Erreichen der *Sustainable Development Goals* (SDGs).

Für ein produktives Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft wurde die Bedeutung eines ganzheitlichen Innovationsbegriff unterstrichen, der die Komplexität der Herausforderungen spiegele. Dies erfordere auch eine bessere Kooperation unter den verschiedenen Wissenschaftsfeldern. Wichtig sei zum Beispiel eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Volks- und Betriebswirtschaftslehre, um technologische Innovationen zu fördern. Andererseits könne Wissenschaft aber nur dann ein integrativer Begleiter bei Krisenbewältigung und Zukunftsgestaltung sein, wenn sie in Politik und Gesellschaft auch anerkannt werde. Hierbei habe es in den letzten Jahrzehnten Fortschritte gegeben, die heute aber in Teilen der Gesellschaft wieder in Frage gestellt würden. Deshalb müssten die Rollenverteilung zwischen Wissenschaft und Politik deutlich benannt und ein immer wieder beobachtetes gegenseitiges Unverständnis zwischen Wissenschaft und Politik abgebaut werden. Für eine „Versöhnung“ der Bereiche sei hilfreich, wenn in beruflichen Karrieren Erfahrungen auf beiden Seiten gesammelt werden. Die gegenseitige Öffnung von Karrierewegen sei zum Beispiel in Großbritannien und den USA viel stärker ausgeprägt. Sowohl Politik wie auch Wissenschaft müssten Problemstellungen ernsthaft benennen, um Innovationen überhaupt erst zu ermöglichen. Wissenschaft dürfe und müsse sich politisch relevant äußern und zum Beispiel deutlich machen, was möglich ist und was nicht, oder mit praxisbezogenen Empfehlungen Flagge zeigen. Ökonom*innen seien hierzu deutlich mehr als andere Wissenschaftler*innen bereit und in dieser Rolle von Politik und Gesellschaft akzeptiert. Aber auch mit Blick auf nachhaltige Entwicklung gebe es positive Beispiele für das Zusammenspiel von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft wie den Atomausstieg in Deutschland oder die Elektromobilität in China, wo die entscheidenden Impulse aus der Wissenschaft kamen, Handlungsempfehlungen übernommen und politisch umgesetzt wurden.

Auch wenn sich Deutschland in den letzten zwei/drei Jahren durchaus in die richtige Richtung bewegt habe, wurde die deutsche Industrie- und Technologiepolitik als noch eher inkrementell und am Status Quo orientiert beschrieben. Industriepolitik laufe weitgehend „unter dem Radar“ und müsse viel expliziter nach vorne treten. Dazu sollten auch Netzwerke wie SDSN beitragen. Deutschland verfüge über die notwendigen Hebel und sollte diese gerade im Rahmen der Stimulus-Pakete für mehr *directionality* nutzen und stärken. So spielten zum Beispiel die KfW oder die Fraunhofer Institute hier bereits eine bemerkenswerte, leider zu selten sichtbare Rolle. Insgesamt aber hätten der Finanzsektor und das öffentliche Beschaffungswesen die Transformation hin zu Green Finance noch viel zu wenig realisiert. Der Bereich *Green Finance* sei im Vergleich zu den USA sehr klein. Noch immer trage der



deutsche Finanzsektor zu einem *carbon lock-in* bei. Sorge mache, dass eine unterschiedslose Politik des *quantitative easing* vor allem „braune Industrien“ stütze. Auch seien weniger als 10% des öffentlichen Beschaffungswesens „grün“. Dänemark und Schweden seien Deutschland in diesem Bereich weit voraus. Betont wurde aber auch die gesellschaftspolitische Dimension von Industrie- und Technologiepolitik. Gerade angesichts wachsender Ungleichheiten und gesellschaftlicher Spannungen könne es nicht nur um von der Wissenschaft begleitete *public-private-partnerships* gehen. Diese müssten um die Dimension *people* erweitert werden. Hierzu könnten Bürgerräte einen Beitrag leisten.

Die Schwierigkeiten zwischen Wissenschaft und Politik, sich bei großen gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen zu treffen, wurden in der Gesprächsrunde auch bei der Umsetzung der 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung und dem Erreichen der SDGs beobachtet. Einiges lief zwar gut, aber es gebe große Lücken. Bei Gesundheit und Energie zeige sich zunehmend lösungsorientiertes Zusammenwirken, während sich die Wissenschaft beispielsweise bei Biodiversität noch weitgehend im Beschreibungsmodus bewege. Es brauche eine andere Art von Wissenschaft, die antizipativ und vorsorgeorientiert vorgehe und Lösungen nicht nur aus einer Disziplin heraus formuliere. Oft müssten gerade die Ingenieurwissenschaften eine größere Rolle spielen. Politik brauche statt einer Kakophonie von Meinungen das Aufzeigen von Optionen und konkreten Transformationspfaden. Hierfür müsse Wissenschaft aus ihrer Komfortzone heraustreten und auch die gesellschaftliche Legitimation von Transformationen mitdenken. So sei beispielsweise in Kalifornien zunächst die technische Machbarkeit eines klimaneutralen Energiesektors herausgearbeitet worden. Dieser Transformationspfad sei dann durch die Beteiligung der *stakeholder* tiefgreifend überarbeitet und mit der Weisheit der Beteiligten viel besser geworden. Solche Rückkoppelungsschleifen zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft seien nicht einfach, aber notwendig. Unverzichtbar für SDG-orientierte Transformationen seien darüber hinaus *policy action tracker*, welche die Umsetzung vereinbarter Ziele verfolgen.

„Zwischen US-Wahlen und deutschem G7-Vorsitz in 2022: Neustart der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung?“

Die von **Adolf Klope-Lesch** moderierte zweite Gesprächsrunde „Zwischen US-Wahlen und deutschem G7-Vorsitz in 2022: Neustart der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung?“ führte **Dr. Ines Geßner** (Referatsleiterin "Internationale Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung", Auswärtiges Amt; Berlin), **Klaus Milke** (Vorsitzender, F20; Hamburg), **Prof. Dr. Imme Scholz** (Stellv. Direktorin, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik; Bonn) und **Prof. Dr. Sébastien Treyer** (Direktor, Institut du développement durable et des relations internationales (IDDRI); Paris) zusammen. Schwerpunkte des Gesprächs waren die Anliegen nachhaltiger Entwicklung im G20-Prozess, Konkurrenz und Kooperation im internationalen System sowie die Rolle europäischer Akteure in der Nachhaltigkeitspolitik der nächsten Jahre.

Die Covid-19-Krise wurde als Rückschlag sowohl für das Erreichen der SDGs als auch für die internationalen Prozesse der Nachhaltigkeitspolitik bewertet, was nicht zuletzt im Verschieben wichtiger Konferenzen wie zu Klima und Biodiversität zum Ausdruck kommt. Die Zahl der Menschen in extremer Armut habe zugenommen und unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung sei vielerorts der Spielraum für Parlamente und Zivilgesellschaft eingeschränkt worden. Erfreulicherweise lägen die Ergebnisse des am Vortag abgeschlossenen G20-Gipfel in Riad aber oberhalb der zunächst geringen Erwartungen. Es habe sich gezeigt, dass internationale Prozesse Nachhaltigkeitspolitik wirkungsvoll auf der Agenda halten können. Die Ausgangspunkte seien im Wesentlichen richtig beschrieben. Die notwendigen Aktionspunkte hingegen müssten jetzt noch folgen. Es sei bemerkenswert, dass alle Staaten (bislang noch mit Ausnahme der USA) den Nexus zwischen Klima und Biodiversität einerseits und der Bewältigung der Covid-19-Krise andererseits anerkennen. Die Abschlusserklärung mit ihren vier Kapiteln (*Rising to the Challenge Together; Building a Resilient and Long-Lasting Recovery; Ensuring an Inclusive*



Recovery that Tackles Inequalities; Ensuring a Sustainable Future) gäbe Grund zur Hoffnung, dass Nachhaltigkeit wieder stärker ins Zentrum der internationalen Zusammenarbeit rücke. Die 2030 Agenda sollte nun von allen als eine Ermunterung für mutige *public policies* verstanden werden.

Auch das Ergebnis der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl wurde als positives Signal für eine multilaterale und verlässlichere Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung gewertet. Dies komme u.a. im angekündigten Wiederbeitritt zum Pariser Klimaabkommen und dem Bekenntnis zur 2030 Agenda zum Ausdruck. Allerdings stehe die neue Administration vor enormen innenpolitischen Herausforderungen, was erhebliche Auswirkungen auf ihr internationales Agieren haben dürfte. Auch seien die gewachsenen Spannungen im internationalen System struktureller Natur. Angesichts der entstandenen Multipolarität sei ein Zurück zu unipolarer *leadership* nicht denkbar. Vielmehr gelte es, mit *distributed leadership* ernst zu machen und eine neue Bipolarität zu vermeiden. Auch Nachhaltigkeitspolitik sei heute stärker durch eine Gleichzeitigkeit von Konkurrenz und Kooperation geprägt. Dies komme zum Beispiel in dem unzertrennlichen Zusammenhang von Klima und Biodiversität mit Handelsfragen zum Ausdruck.

Vor diesem Hintergrund wurde die besondere Rolle Europas und der EU in den nächsten beiden Jahren angesprochen. Das „europäischen Jahr“ 2021 (G7/UK, G20/Italien, COP26/UK u. Italien) sowie in 2022 der französische EU-Ratsvorsitz (erstes Halbjahr) und der deutsche G7 Vorsitz müssten als Chancen für eine Stärkung multilateraler Koalitionen für Nachhaltigkeit genutzt werden. Dafür biete der europäische Green Deal eine sehr gute Grundlage. Frankreich und Deutschland könnten ihre Interessen und Ziel am besten gemeinsam über die EU verfolgen. Dabei sei China sowohl ein systemischer Rivale also auch ein wichtige Kooperationspartner. Multilaterale Zusammenarbeit sollte aber nicht nur auf China und die USA fokussieren. Die EU müsse insbesondere auch Afrika und große Schwellenländer einbeziehen, von denen Indonesien in 2022, Indien in 2023 und Brasilien in 2024 den Vorsitz der G20 innehaben werden. Wissenschaftsnetzwerke wie Think20, Think7 und SDSN sollten verstärkt dazu beitragen, den Gedanken der Nachhaltigkeitstransformation in die Gesamtheit der Außenbeziehungen zu tragen. Hierfür sollte die Zusammenarbeit mit SDSN Italien, im SDSN EU Rahmen sowie auch mit SDSN Russland aus- bzw. aufgebaut werden.

Mit Blick auf die Dialogphase zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurde die große Vielfalt von [Anregungen](#) gerade auch zum außenpolitischen Engagement für Nachhaltigkeit angesprochen. Außenpolitik müsse diese Anliegen gerade auch in der Zusammenarbeit mit anderen Industrieländern sowie mit Russland stärker aufgreifen. Es wurde die Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass die zahlreichen Anregungen auf fruchtbaren Boden fallen. Ferner sei im Bundestagswahljahr 2021 bei Debatten zu nachhaltiger Entwicklung auch der transformative Hebel der internationalen Zusammenarbeit prominent zu thematisieren und die Messlatte für Deutschland und die EU hoch zu legen.

Zum **Abschluss** der Versammlung dankte **Gesine Schwan** (Co-Vorsitzende SDSN Germany) allen Teilnehmer*innen für einen engagierten Austausch. Sie habe die Diskussion zur Rolle von Wissenschaft und Politik als sehr gewinnbringend wahrgenommen. Man müsse mehrsprachig die jeweils andere Seite verstehen, um fruchtbare Kooperation zu erzeugen. Sie unterstütze ausdrücklich die Partizipation in Transformationsprozessen, ohne die diese nicht gelingen und letztlich auch länger dauern werden. Im Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz sei in den letzten 30 bis 40 Jahren die Konkurrenz überbewertet worden, auch in der Wissenschaft. Diese werde aber zuallererst durch intrinsische Motivation und nicht durch äußerliche Konditionierung vorangebracht.

Dominic Kranholdt / Janina Sturm

Bonn, 11. Dezember 2020



ANHANG: Kurzberichte zu den Netzwerkstätten

NETZWERKSTATT 1: Mit Wenden und Hebeln: Neuanfang für die Nachhaltigkeitspolitik im Wahljahr 2021 vorbereiten

Die von **Dr. Marianne Beisheim** (SWP) moderierte Netzwerkstatt zu Wenden und Hebeln wurde mit **Kurzimpulsen von Viktor Haase (Umweltministerium NRW), Dr. Julia Hertin (SRU) und Prof. Dr. Imme Scholz (DIE) eröffnet. Der in der Dialogfassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) reflektierte Vorschlag, die Umsetzung der 2030 Agenda und der DNS durch Ausrichtung auf Schlüsseltransformationen (Wenden) und Nutzung zentraler Hebel wie Finanzen voranzutreiben, fand breite Unterstützung. Nun müssten diese Transformationen in das Herz der DNS getragen, mit zentralen Zielindikatoren verbunden und durch wirksame Maßnahmenpakete unterlegt werden. Die Fokussierung auf Wenden und Hebel könne auch eine neuartige Kooperation der verschiedenen Ressorts anstoßen. Entscheidend sei aber vor allem, im Wahljahr 2021 die zentralen gesellschaftlichen und politischen Debatten mit diesen Transformationen zusammenzuführen. Dies erfordere einen eigenständigen Ansatz, der nicht in der Binnenlogik der DNS gefangen bleiben dürfe. Notwendig sei eine gesellschaftspolitische Debatte zu Leitbildern für die Schlüsseltransformationen und ein positiver Wettbewerb von Parteien und Verbänden um die richtige Nutzung von Stellschrauben und Hebeln. Es gehe darum, die Ziele der 2030 Agenda und der DNS nicht nur generell in Eingangskapiteln von Parteiprogrammen und eines künftigen Koalitionsvertrages anzusprechen, sondern deren Umsetzung durch konkrete Maßnahmen in den jeweiligen Sachkapiteln zu verankern. Netzwerke wie SDSN Germany sollten dazu Gesprächsräume anbieten, um gemeinsam mit Akteuren aus den jeweiligen Transformationsarenen Lösungsangebote zu erarbeiten und diese dann auch an Entscheider in Parteien und Verbänden heranzutragen.**

NETZWERKSTATT 2: Mit #NextGenerationEU nachhaltiger aus der Krise? Aufbaupläne in Deutschland und europäisch vernetzt mitgestalten

Moderiert von **Dr. Christine Hackenesch** (DIE) und mit Kurzimpulsen von **Dr. Steffen Meyer** (Bundesfinanzministerium), **Dr. Carsten Neßhöver** (Umweltbundesamt) und **Dr. Eefje Schmid** (Europäische Investitionsbank) befasste sich die zweite Netzwerkstatt mit dem Aufbauplan **#NextGenerationEU** (NGEU), den die EU als Antwort auf die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie beschlossen hat. Mehrfach betont wurde der *sea change*, also die grundlegende Veränderung, mit der die Themen um Klima und Nachhaltigkeit mittlerweile an Relevanz in der öffentlichen Diskussion gewonnen hätten. Dies spiegele sich auch im Europäischen Green Deal und in der Zusage, dass ein großer Teil der Investitionen aus dem Aufbauplan in „grüne“ Projekte fließen solle. Fragen stellten sich aber, inwieweit Operationalisierung und Umsetzung diesen politischen Ankündigungen und den SDGs gerecht würden. Auch decke der Europäische Green Deal nicht alle Ziele der 2030 Agenda ab und berücksichtige insbesondere die soziale Dimension und die internationale Perspektive unzureichend. Wichtig sei, dass sich Nachhaltigkeitsakteure wie SDSN in den EU-Mitgliedsstaaten bei der Ausgestaltung und Umsetzung von NGEU und Green Deal aktiv beteiligen können. Hierfür biete auch der Prozess um das Europäische Semester Möglichkeiten.

NETZWERKSTATT 3: Lieferketten und Nachhaltigkeit: Gesetze, Multi-Stakeholder Initiativen und global kooperative Regionalwirtschaften

Die Netzwerkstatt zu Lieferketten wurde von **Dr. Tilman Altenburg** (DIE) moderiert und mit Kurzimpulsen von **Silvie Kreibiehl** (Germanwatch), **Prof. Dr. Gesine Schwan** (Co-Vorsitzende, SDSN Germany) und **Markus Köhlert** (Wuppertal Institut) eingeleitet. Die Sprecher*innen waren sich einig, dass zur nachhaltigen Gestaltung von Lieferketten ein Lieferkettengesetz notwendig sei, aber allein nicht ausreiche. Das Gesetz sollte die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie



umweltbezogene Sorgfaltspflichten einbeziehen. Dabei müsse der Anwendungsbereich breit gefasst werden und der Handelspolitik als Ordnungsrahmen dienen. Der aktuelle Stand des Gesetzes berücksichtige aber Sozial- und Umweltstandards und nachhaltige Finanzen bisher nicht ausreichend. Es wurde angemerkt, dass Verbindlichkeit ein wichtiges Element ist, aber diese im transnationalen Bereich nicht immer durchsetzbar sei. Ein Lieferkettengesetz müsse deshalb durch *Good Governance* und Multi-Stakeholder-Initiativen an den Produktionsstandorten flankiert werden. In diesem Zusammenhang wurde die Wirksamkeit von Multi-Stakeholder-Initiativen auf lokaler Ebene am Beispiel der Textilindustrie in Bangladesch erwähnt. Wichtig sei, positive Anreizsysteme für alle beteiligten Unternehmen, Staaten und NGOs zu schaffen. Zusätzlich sollten Leitbilder, wie global kooperative Regionalwirtschaften, entwickelt und potentielle Designoptionen mit digitalen Managementprozessen für Lieferketten durchgespielt werden. Die Teilnehmer*innen zeigten sich interessiert an einem Follow-Up zu konkreten Kooperationen.

NETZWERKSTATT 4: Innovative partnerships: Connecting startups, fintech and stakeholders for the SDGs

Die Rolle von Startups und Fintech für die SDGs stand im Mittelpunkt der Netzwerkstatt „**Innovative partnerships**“, moderiert von **Finn Woelm** (SDSN) mit Kurzimpulsen von **Markus Duscha** (Conscious Fintech), **Lubomila Jordanova** (PlanA.Earth), **Nadim Choucair & Christian Walter** (Global Goals Directory) und **Karl Richter** (EngagedX). Die Vorstellung der unterschiedlichen Ansätze der Startups führte zu einem regen Austausch zu Erfahrungen und Herausforderungen bei der Vernetzung mit verschiedenen Stakeholdern. Partnerschaften zwischen verschiedenen Akteuren (z.B. Startups und Regierungen), die traditionell weniger zusammenarbeiten, könnten eine wertvolle Ergänzung sein, um neue Zielgruppen zu erreichen. Ein regelmäßiger Austausch zwischen den Beteiligten sei wichtig, da die Herausforderungen für Startups ganz andere seien als für andere Akteure.